



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

22. Juni 2010

Vorlage des Ministeriums für Bildung und Kultur i.S. Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofs: Landeszentrale für politische Bildung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage des Ministeriums für Bildung und Kultur i.S. Landeszentrale für politische Bildung unter Bezug auf Textziffer 8 des Berichts und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 11. März 2010 zu den Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein, Drs. 17/377, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Olaf Bastian

Anlage



An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Über das Finanzministerium - VI 22

Staatssekretär

Bemerkungen des Landesrechnungshofes 2009

16. Juni 2010

Tz. 8: Landeszentrale für politische Bildung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss hat in Drs. 17/377 hinsichtlich der Landeszentrale für politische Bildung folgende Erwartungshaltung formuliert:

- Der Landtagsbeschluss zur Neuordnung der Landeszentrale soll zügig umgesetzt werden.
- Die Aufgaben und Ziele der Landeszentrale sollen klar definiert und von anderen Bildungseinrichtungen abgegrenzt werden,
- Eine Richtlinie zur Förderung parteinaher Stiftungen und für Projektförderungen politischer Bildungsarbeit soll vorgelegt werden.

Der Landtagsbeschluss sah die Beteiligung des Kuratoriums für politische Bildungsarbeit an der Neuordnung vor. Da dieses Kuratorium in der 17. Wahlperiode noch nicht besetzt wurde, hat man sich alternativ auf die Einbeziehung des Bildungsausschusses verständigt. Dieser befasste sich erstmals am 1. April 2010 mit dieser Thematik. Nach der Klärung von verfassungsrechtlichen Fragen ist eine zweite Sitzung für den 24. Juni 2010 anberaumt. Erst danach kann die Kabinettsvorlage in die Mitzeichnung gehen und entsprechend im Kabinett beraten werden.

Die Prüfung der drei in Rede stehenden Modelle (Auflösung Landesbetrieb und Verbleib in einer obersten Landesbehörde, Übertragung der Aufgabe „Politische

Bildung“ an den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.; Anbindung an den Landtag) ergab eine Empfehlung für die Anbindung an den Landtagspräsidenten und die damit verbundene Auflösung der Landeszentrale als Landesbetrieb und als dem Ministerium für Bildung und Kultur (MBK) zugeordnetes Amt.

Die Neuausrichtung der Aufgaben und Ziele soll dann in neuer Trägerschaft erfolgen unter Einbeziehung des dann besetzten Kuratoriums. Diesem Prozess soll nicht vorgegriffen werden.

Die Förderung der sog. parteinahen Einrichtungen soll im MBK verbleiben. Von hier werden dann transparente Kriterien für die weitere Bezuschussung – auch im Hinblick auf die gesamte Förderung der Bildungsstättenlandschaft – erarbeitet.

Eine Befassung im Parlament wird voraussichtlich erst nach der Sommerpause stattfinden. Der Finanzausschuss wird dann, sobald nähere Informationen vorliegen, informiert.

Mit freundlichen Grüßen



Eckhard Zirkmann